

Pressemitteilung

9. Juli 2024

"Wenigstens ein kleiner Mentalitätswandel"

BVMB lobt "Wachstumsturbo" im Bundeshaushalt, sieht aber enormen Nachholbedarf

Zunächst hat es nach einem rigiden Streichkonzert für Investitionen in den Straßen-, Brücken- und Bahnbau ausgesehen. In letzter Minute hat die Ampelkoalition bei der Erstellung des Haushaltsplans des Bundes doch noch umgeschaltet auf einen "Wachstumsturbo". 57 Milliarden Euro sollen nun in Investitionen fließen, hier insbesondere in Schienen, Straße, Nahverkehr und die digitale Infrastruktur. Hinzu kommen weitere rund 40 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds. "Nach einer turbulenten Woche haben die Ampelspitzen offenbar doch in letzter Minute gemerkt, dass ein rigider Sparkurs in der jetzigen Situation genau das falsche Mittel wäre", kommentiert Michael Gilka, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) den Haushaltskompromiss. "Es freut uns, dass die Mahnungen der Bauverbände nicht ungehört verhallt sind und wenigstens ein kleiner Mentalitätswandel eingetreten zu sein scheint", so Gilka. Wichtig sei nun der konzentrierte Blick nach vorne auf die kommenden Jahre. Man dürfe jetzt nicht nachlassen und müsse die zaghaft eingeleitete Wende mit weiteren Weichenstellungen unterfüttern, so Gilka weiter.

Wachstumsturbo als Beruhigungspille?

Mit ihrer Einigung auf den vorgelegten Haushaltskompromiss habe die Koalition "doch noch ein passendes Gespür für die infrastrukturelle Realität" entwickelt, lobt Michael Gilka die Kehrtwende von der ursprünglich geplanten massiven Investitionsbremse. "Das ist aber nur die halbe Miete", fordert der BVMB-Vertreter zugleich "umfassende Nachbesserungen" bis zum Herbst. Der aktuell in den Ring geworfene "Wachstumsturbo" kann laut Gilka "nur ein erster Aufschlag" sein. "Es bleibt abzuwarten, welche Maßnahmen nach der Sommerpause in diesem Kontext diskutiert und auf den Weg gebracht werden." Die Bundesregierung dürfte nicht wieder den gleichen Fehler machen wie beim Wachstumschancengesetz, wo am Ende "nur Unmut und Resignation" geblieben seien. Der aktuelle Haushaltsentwurf des Bundes für 2025 dürfe insoweit nur ein Auftakt für deutlich höhere Investitionen sein. "Ansonsten verkommt der aktuelle Haushaltsentwurf zu einem faulen Kompromiss", so Gilka. Er sieht aber auch bei den Kommunen "massiven Nachholbedarf".



Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. Königswinterer Straße 329 53227 Bonn

Tel.: 0228 91185-16 E-Mail: stauf@bvmb.de



Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.

Dem Verband ist bewusst, dass sich anderweitige Aufgaben in den nächsten Jahren "auftürmen" werden: Noch mehr Ausgaben für Rente, Verteidigung und Bürgergeld sowie Ukrainehilfe würden die Spielräume für den Bundeshaushalt maßgeblich begrenzen. "Damit konkurrieren Investitionen in die Infrastruktur noch stärker mit anderen Mittelanforderungen und die nächste Bundesregierung wird sich mit einer Reform der Schuldenbremse befassen müssen", orakelt Gilka. Dennoch dürften die Investitionen gerade in die Infrastruktur nicht gekürzt werden: "Das ist doch der Garant für die Leistungsfähigkeit unseres Landes und die Schlagkraft unserer Wirtschaft", betont Gilka. Der Ausweg über ein neues Sondervermögen werde die Diskussion über die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen nicht mehr verhindern können. Entsprechend groß ist laut BVMB der Druck im Kessel: "Da langt es nicht aus, wenn Bundeskanzler Scholz mit Blick auf die nächste Wahl das Thema offenbar erst einmal

auf die lange Bank schiebt und aussitzen will. Jetzt ist Handeln angesagt."